

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

24.10.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>„Die Polen machen es richtig“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.10.2022</i> .....	3
2   <b>Dokumentarfilm “Atomkraft Forever” zeigt Alltag des AKW-Rückbaus</b> <i>ndr.de, 23.10.2022</i> .....	5
3   <b>Wirtschaft: Mehr Fördergeld für besser bezahlte Jobs</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 22.10.2022</i> .....	6
4   <b>Mehrheit der Deutschen ist für AKW-Weiterbetrieb nach April 2023</b> <i>FOCUS online, 21.10.2022</i> .....	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.10.2022 | S. 6

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

## ENERGIEKRISE

# „Die Polen machen es richtig“

**Deutschland steigt aus und Polen steigt ein. Das Nachbarland will bei Danzig sein erstes AKW errichten und legt detaillierte Pläne vor. Die Regierung von MV sieht das kritisch - anders als einige Menschen aus der Grenzregion.**

Deutschland diskutiert heftig über den Ausstieg aus der Atomkraft - Polen legt dagegen erst so richtig los. In den kommenden zwei Jahrzehnten plant das Nachbarland den Bau von sechs Atommeilern. Der erste soll bei Danzig entstehen: drei Reaktorblöcke, mit 3750 Megawatt so leistungsfähig wie 625 Windkraftanlagen (je 6 MW).

Seit Dienstag kann sich MV zu den Plänen des Nachbarlandes äußern. Der Bund hatte es versäumt, rechtzeitig eine Stellungnahme abzugeben, um den Energieplan Polens doch noch zu verhindern. Vor allem von den Grünen hagelte es Kritik. Schweizer Wissenschaftler hatten errechnet, dass nach einem GAU im Kraftwerk die radioaktive Wolke bei Ostwetterlage vor allem über MV ziehen würde. Nun rollt das grenzüberschreitende Genehmigungsverfahren, in dessen Rahmen auch die deutschen Bundesländer eine Stimme haben.

Die Polen, findet Uwe Krüger, machen das richtig. „Die Energiekrise sollte ein Grund sein, auch hier über den längeren Weiterbetrieb nachzudenken.“ Krüger hat gerade Feierabend, wartet auf dem Parkplatz vor dem **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** auf seine Mitfahrgelegenheit. Der Atommeiler Lubmin, mit dessen Rückbau Krüger und seine Kollgene befasst sind, erzeugte einst elf Prozent des Strombedarfs der DDR. Hier ist das Verständnis für die polnischen AKW-Pläne besonders groß.

Eine Kollegin mutmaßt: „Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass hier viele Menschen wissen, worüber sie reden.“ Die Energiekrise würde es in dieser Härte nicht geben, würde Deutschland nicht so übereilt aus Atomkraft und Kohle aussteigen, sagt sie. „Jetzt wird der Bürger geschöpft für eine unüberlegte Energiepolitik in Berlin.“ Die Energiekrise in Europa justiert auch das Verhältnis der Deutschen zur Atomkraft

neu: Mehr als jeder Zweite in Deutschland ist nach einer Umfrage inzwischen offen für einen längerfristigen Weiterbetrieb deutscher AKW. Insgesamt 56 Prozent können sich sogar einen Betrieb über das Jahr 2024 hinaus vorstellen, ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov vor einer Woche. Deutschland mitten in einer Meinungswende?

Weiterfahrt in den Ort, der dem polnischen Atommeiler am nächsten liegt. Nur knapp 300 Kilometer Luftlinie trennen das Ostseebad Heringsdorf vom künftigen Kraftwerksstandort bei Danzig. An einem Imbisswagen nahe der Seebrücke bestellt Andreas Fischer einen Glühwein. „Atomkraft ist doch eine saubere Energie“, sagt der Urlauber aus Sachsen. Polen sei ein souveräner Staat, mache es richtig. „Solange es keine wirklichen Alternativen gibt, ist es sträflich, aus der Atomenergie auszusteigen.“ Einen Weiterbetrieb deutscher Meiler über das nach dem Scholz-Machtwort festgelegte Ausstiegsdatum im April 2023 hinaus hält auch er für denkbar. Robert Kutschke auf der anderen Seite des Verkaufstresens bewegt die Energiekrise auch. Die Atomkraft sieht er allerdings nicht als Lösung gegenwärtiger Probleme, nicht nur wegen der Gefahren, die ein Atom-GAU auch für die Insel bedeuten könnte. Die Gesellschaft müsse zurücktreten, sich vom Wachstumsgedanken lösen. Weniger Ressourcen- und Energieverbrauch. „Warum muss der Mensch so eingreifen in die Natur?“, fragt er.

Polen kommt in seiner Bewertung, die jetzt auch den deutschen Behörden vorliegt, zu dem Fazit, dass ein schwerer Störfall „keine Gefahr für die menschliche Gesundheit“ in den angrenzenden Ländern darstellt. Die grenzüberschreitenden Auswirkungen seien „vernachlässigbar“, heißt es in dem Bericht der polnischen Behörden.

Abschließend bewerten will die Schweriner Landesre-

gierung die Angaben noch nicht. Man arbeite an der Stellungnahme, doch die Position ist klar: „Sowohl vor dem Hintergrund der verheerenden Atomunfälle in Tschernobyl und Fukushima als auch angesichts einer nicht auszuschließenden Störfallgefahr im KKW Saporischschja appelliert MV seit Jahren im Rahmen grenzüberschreitender UVP-Verfahren an die polnische Regierung, im Interesse der Bevölkerung beiderseits der Grenze die Pläne noch einmal zu überdenken und auf das Vorhaben zu verzichten“, sagt Umweltminister Till Backhaus (SPD).

„Im Falle eines Unfalls machen die Strahlen bekanntlich nicht an der Grenze halt“, gibt Heringsdorfs Bürgermeisterin Laura Isabelle Mariken zu bedenken. Sie moniert, dass es bislang sehr wenige Informationen von den Polen gegeben habe. Man wolle die Unterlagen jetzt bewerten. „Es muss unbedingt gewährleistet werden, dass keine Gefahren für uns bestehen“, so die Gemeindechefin. „Bestehen für unsere Insel Gefahren, bin ich strikt gegen ein solches Vorhaben.“ Sie werde der Gemeindevertretung empfehlen, eine Stellungnahme abzugeben. Die Abgabefrist endet am 13. Dezember.

Dass die Bedenken, die Land und Bürger in MV formulieren, zu einer Kehrtwende Polens führen, ist zweifelhaft. „Jeder Mitgliedstaat der EU hat das Recht, die Struktur und Zusammensetzung seiner Energieversorgung selbst zu bestimmen und sich für oder gegen die Nutzung einer Energieform zu entscheiden“, sagt Minister Backhaus. Gleichwohl formuliere das Land seine Bedenken. Umweltgefahren seien unabsehbar, bei Störfällen sei mit schwerwiegenden Folgen für die menschliche Gesundheit auch in MV zu rechnen.

#### Zitat-Text:

**„Atomkraft ist eine saubere Energie.“ - Andreas Fischer, Urlauber aus Sachsen**

**„Die Energiekrise sollte ein Grund sein, auch hier über den längeren Weiterbetrieb nachzudenken.“ - Uwe Krüger, Mitarbeiter im Entsorgungswerk für Nuklearanlagen**

**„Atomkraft brauche ich nicht.“ - Robert Kutschke, Verkäufer in Heringsdorf**



*Uwe Krüger (Mitarbeiter des EWN): „Die Energiekrise sollte ein Grund sein, auch hier über den längeren Weiterbetrieb nachzudenken.“*



ndr.de | 23.10.2022

WEBLINK

## Dokumentarfilm “Atomkraft Forever” zeigt Alltag des AKW-Rückbaus

*Dokumentarfilmer Carsten Rau zeigt in der Kino-Doku “Atomkraft Forever”, den gefährlichen Rückbau von abgeschalteten Kernkraftwerken und das Problem der Endlagerung. Der Dokumentarfilm läuft in der Nacht vom 1. auf den 2. November ab 00.00 Uhr im NDR Fernsehen.*

Im ehemaligen Kernkraftwerk Greifswald ist das Herzstück der Anlage schon raus: der Kern. Seit den 1990er-Jahren läuft der Abbau. 33 Jahre sind dafür veranschlagt - doppelt so lang, wie das Kraftwerk Strom lieferte.

Viele radioaktive Materialien müssen 70 Jahre lagern, bevor man sie überhaupt entsorgen kann. Rund 600.000 Tonnen belastetes Material sind es in Greifswald, bundesweit fallen vier Millionen Tonnen an. Der Rückbau allein hier kostet 5,6 Milliarden Euro. “Das sind 500, 600, gut 800 Räume unterschiedlicher Größe. Sie müssen ein neues Gebäude bauen, um das alte Gebäude herum, wo sie die Gebäudeteile heraustrennen. Dort wird gemessen und geguckt, wo die Strahlung eigentlich herkommt? Es ist total absurd”, sagt Dokumentarfilmer Carsten Rau.

### “Atomkraft Forever”: Doku blickt in den Alltag des Abbaus

Die Dokumentation “Atomkraft forever” wurde über

Jahre gedreht, sie liefert seltene Innenansichten. Man sieht Arbeiter, die ihre eigene Arbeitsstelle demontieren, für die das hier mal ihr Traum war. Der Film wertet das nicht. Atomkraft war ein großes Versprechen. Und Atom heißt ja auch: weniger Kohle, weniger CO2. Der Film blickt auch nach Frankreich, wo drei Viertel der Stromproduktion aus Atomkraftwerken kommt. In Deutschland überwiegt die Angst vor Atomkraft - die meisten begrüßen den Ausstieg.

### Ein Endlager für eine Million Jahre

Aber wohin mit dem Müll? In Gorleben hat man sich erfolgreich dagegen gewehrt, Endlager zu werden. Die Suche nach neuen Endlagern läuft, begleitet von viel Skepsis, wie das möglich sein soll. Dass darüber nachgedacht werde, wie ein Endlager - in zehn Eiszeiten - aussehen müsse, klingt für Rau absurd: “Aber das kann man natürlich keiner 35-jährigen Geologin vorwerfen. Wir haben mit dem Zeug angefangen und werfen denen jetzt das Problem vor die Füße.”

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 22.10.2022 | S. 7

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Iris Leithold

## Wirtschaft: Mehr Fördergeld für besser bezahlte Jobs

### Höhe der Zuschüsse für Neuansiedler

Mit neuen Kriterien bei der Wirtschaftsförderung will Mecklenburg-Vorpommerns Landesregierung die Schaffung besser bezahlter Jobs sowie Investitionen in strukturschwachen Regionen stärker belohnen. Wenn sie bestimmte Vorgaben nicht erfüllen, sollen die Investitionen von Großunternehmen künftig nur mit fünf Prozent bezuschusst werden. Kommen sie den Vorgaben nach, sind bis zu 15 Prozent drin, wie aus einer Mitteilung des Wirtschaftsministeriums gestern hervorgeht. Die neuen Fördergrundsätze betreffen demnach das Geld aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

So gibt es den Angaben nach einen Zuschlag von 5 Prozentpunkten, wenn das Unternehmen an einen Tarifvertrag gebunden ist. Wer Löhne zahlt, die mindestens doppelt so hoch sind wie der gesetzliche Mindestlohn von 12 Euro, dem winken ebenfalls 5 Prozentpunkte mehr Förderung. Bei 50 Prozent über dem Mindestlohn betrage die zusätzliche Förderung 2,5 Prozentpunkte. Für Investitionen in besonders strukturschwachen Regionen gibt es ebenfalls einen Zuschlag von 2,5 Prozentpunkten.

Die Summe aller Förderzuschläge kann dem Ministerium zufolge maximal 10 Prozentpunkte betragen. Als höchstmöglicher Satz werden 15 Prozent für große Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten genannt. Für Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten gibt es maximal 25 Prozent, für kleine Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten höchstens 35 Prozent. Auch mittlere und kleine Firmen bekommen 10 Prozentpunkte weniger als den Höchstsatz, wenn sie keine der Vorgaben erfüllen.

Mit den neuen Grundsätzen richte sich die Förderhöhe stärker als bisher an der Frage aus, wie hochwertig und nachhaltig die Arbeitsplätze seien, betonte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD). Hintergrund ist, dass MV zu den Bundesländern mit dem geringsten Lohnniveau in Deutschland gehört.

Weitere Zuschläge sind zum Beispiel für Unternehmen möglich, die Forschungsleistungen erbringen oder für Anstrengungen im Bereich Umweltmanagement und Nachhaltigkeit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Linken-Landtagsfraktion begrüßten die neuen Fördergrundsätze.



📰 FOCUS online | 21.10.2022 | S. online

👤 dpa

🔗 WEBLINK

## GRÜNE WOLLEN GENAU DAS NICHT

# Mehrheit der Deutschen ist für AKW-Weiterbetrieb nach April 2023

*Eine Mehrheit der Deutschen spricht sich für einen Weiterbetrieb der drei verbliebenen Atomkraftwerke auch nach April 2023 aus. Das geht aus einer ZDF-Umfrage hervor. Bundeskanzler Scholz hatte zuletzt entschieden, dass die drei Meiler noch 6 Monate am Netz bleiben.*

Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland ist dafür, die drei noch aktiven Atomkraftwerke (AKW) auch nach April 2023 weiter zu betreiben. 55 Prozent der Befragten sprachen sich im am Freitag veröffentlichten ZDF-„Politbarometer“ dafür aus, die drei AKW wegen der Energiekrise noch länger als von der Bundesregierung vorgesehen zu nutzen.

### Ursprünglich sollten die drei Akw Ende 2022 vom Netz gehen

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte am Montag nach tagelangem Streit zwischen FDP und Grünen sei-

ne Richtlinienkompetenz genutzt und die zuständigen Minister angewiesen, Gesetzesvorschläge zu machen, damit die Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland über das Jahresende hinaus bis zum 15. April 2023 weiterlaufen können. Von den gut 1400 Befragten waren 36 Prozent in der Umfrage für diese Variante.

Eigentlich hätten die drei AKW am 31. Dezember dieses Jahres vom Netz gehen sollen. Acht Prozent sind laut der Umfrage dafür, die Atomkraftwerke wie geplant zum Jahresende abzuschalten.